

Malis Milliarden

Hunger droht, trotz großzügiger Mittelzusagen

Mehr als 3 Milliarden Euro hat die internationale Geberkonferenz Mali im Mai zugesagt. Das ist mehr als man erwarten konnte und es macht klar, welche Bedeutung einem sicheren Mali weltweit zugemessen wird. Prinzipiell wird das Geld dringend benötigt, denn die humanitäre Lage in einigen Teilen des Landes ist äußerst angespannt. Hunderttausende Malier sind immer noch auf der Flucht und von Nahrungsmittelengpässen bedroht. Um diese Krise zu überwinden, braucht Mali nicht nur Soforthilfe, sondern auch Unterstützung für eine nachhaltige Entwicklung. Der Übergang von Nothilfe zu Entwicklungszusammenarbeit nach der militärischen Intervention ist allerdings eine riesige Herausforderung. Angesichts der prekären Sicherheitslage und schwacher staatlicher Institutionen sowie weit verbreiteter Korruption ist kaum absehbar, wie das Geld umgesetzt werden soll. Viele Geber haben die Auszahlung des Geldes an Konditionen gebunden. Mali soll sich u.a. an die festgelegte Roadmap halten, zur demokratischen Ordnung zurückkehren, das Justizsystem stärken und die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten.

Mali kommt nicht zur Ruhe. Seit Jahren befindet sich das Land in einer komplexen Krise, die geprägt ist durch Armut, Bevölkerungswachstum, chronische Ernährungsunsicherheit und Naturkatastrophen.

Die Eskalation des Konfliktes zwischen der malischen Übergangsregierung und Rebellen Gruppen im Norden des Landes hat die ohnehin schon hoch vulnerable und durch die Nahrungsmittelkrise von 2012 geschwächte Bevölkerung weiter entkräftet. Ob die von Frankreich geleitete militärische Intervention zugunsten der Übergangsregierung die Situation ändern kann, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass die Lage auf absehbare Zeit weiterhin volatil bleiben wird und dass keine allzu schnellen Entwicklungserfolge in Mali zu erwarten sind.

Die Ausgangslage ist überaus kompliziert. In Mali bilden international organisierte Kriminalität, die Destabilisierung der gesamten Region durch den Krieg in Libyen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tuareg, schlechte Regierungsführung und schwache

Staatlichkeit ein unheilvolles Gemisch. Trotz des Zweckoptimismus, den viele Geberländer verbreiten, wäre es naiv anzunehmen, dass sich die Entwicklung Malis zu einem friedlichen, demokratischen, weltoffenen Land, wie es von den Geberländern vorgesehen ist, problemlos gestalten wird. Schon Afghanistan hat gezeigt, dass Staatsaufbau kein Wunschkonzert ist.

Intervention mit Folgen

Im März 2012 war die Lage in Mali eskaliert. Nach einem Putsch gegen Präsident Amadou Toumani Touré gelang es der Übergangsregierung nicht, das Vorrücken der beiden bewaffneten Gruppen MNLA¹ und Ansar Dine zu verhindern, die mehrere Städte im Norden

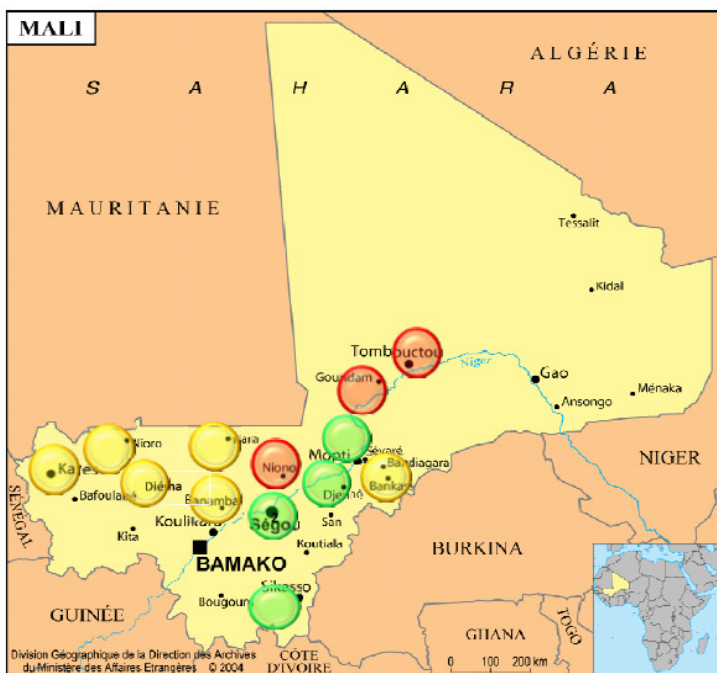
¹ Die *Mouvement national de liberation de l'Azawad* (MNLA) setzt sich insbesondere aus Vertretern der Tuareg zusammen, die das Anfang 2012 entstandene Machtvakuum für die Besetzung der wichtigsten Städte im Norden nutzten und seitdem die Abspaltung des Nordens als freie Azawad Region für sich beanspruchen.

des Landes eroberten und später mit Unterstützung verschiedener bewaffneter Splittergruppen einen eigenen Staat ausriefen.² Nachdem die Rebellen im Januar 2013 weiter in Richtung Süden vorrückten, rief die malische Übergangsregierung den Notstand aus und bat ihre afrikanischen Nachbarländer sowie die internationale Gemeinschaft um Unterstützung. Frankreich reagierte prompt und entsandte Ende Januar Truppen nach Mali. In nur sehr kurzer Zeit gelang es den französischen und malischen Streitkräften, mit Unterstützung der Nachbarstaaten, die Rebellen wieder zurückzudrängen. Anfang Februar 2013 feierte die malische Bevölkerung ihre „Befreiung“. Seitdem patrouillieren Militäreinheiten diverser Länder in den Regionen im Norden und tragen mit ihrer Präsenz dazu bei, dass die Situation weiterhin relativ stabil ist. Doch wie nachhaltig diese „Befreiung“ ist, bleibt abzuwarten.

Druck, insbesondere Frankreichs und der EU, wird auch weiterhin an den für den 28. Juli geplanten Präsidentschaftswahlen festgehalten. Dabei steht der Prozess vor beinahe unüberwindbaren Problemen. Viele Beamte im Norden sind noch nicht wieder zurückgekehrt und haben noch nicht ihre Position eingenommen, die Situation in der Stadt Kidal im Norden des Landes ist trotz des Ouagadougou-Friedensabkommens zwischen der MNLA und der malischen Übergangsregierung vom 18. Juni weiterhin ungewiss, und zahlreiche Flüchtlinge sind noch nicht registriert oder befinden sich außerhalb des Landes. Außerdem reicht die Zeit kaum aus, Neuwähler (Jahrgang 1995) zu registrieren. Ob der Termin angesichts dieser Herausforderungen wirklich gehalten werden kann, ist noch immer unklar.

Zur Stärkung des malischen Militärs und Konsolidierung des Friedens ist für Juli 2013 die Entsendung weiterer 12.600 UN-Truppen (UN-Resolution 2100) geplant. Ein Einsatz, der in weiten Teilen Malis sehr begrüßt wird.,

Interventionsgebiete der Welthungerhilfe in Mali im Juli 2013



- = Entwicklungsvorhaben,
- = Rehabilitierungs- / Resilienz-Vorhaben
- = Nothilfedorhaben

Als wichtiger Meilenstein gelten nun die anstehenden Wahlen. Auf internationalen

Humanitäre Situation

Trotz des Siegs der malischen Armee und der französischen Interventionstruppen und trotz hoher internationaler Aufmerksamkeit, verbunden mit der Zusage von 3,2 Milliarden Euro auf der Geberkonferenz für Mali, verschlechtert sich derzeit die humanitäre Situation in den vom Konflikt betroffenen Regionen. Aufgrund der Dürren und Krisen in den letzten Jahren ist die Bevölkerung extrem geschwächt. Ihre Widerstandskraft reicht bei weitem nicht aus, um auf die externe Stresssituation adäquat zu reagieren. Laut OCHA werden aktuell 3,5 Millionen Malier als „ernährungsunsicher“ eingestuft, davon schätzungsweise 585.000 Menschen im Norden und 660.000 Kinder. Es wird geschätzt, dass etwa 1,4 Millionen von Nahrungsmittelhilfe abhängig sind.³

In der sogenannten *Période de soudure* (Hungerperiode) von April bis Juli hat sich die ohnehin schwierige Ernährungssituation v.a. für die Bevölkerung in den Regionen

² Vgl. Brennpunkt Nr. 27

³ Vgl. OCHA Information Generale, 21.06.2013

Timbuktu, Gao und Kidal zusehends verschlimmert. Vorräte sind aufgebraucht und wirtschaftliche Aktivitäten wie Handwerk, Handel oder Kleinproduktion laufen nur zögerlich an. Finanzmittel und Einkommensmöglichkeiten stehen somit kaum oder gar nicht zur Verfügung und viele Regionen sind weiterhin vom Markt abgeschnitten. Zudem haben Bauern auch aufgrund der mangelnden Präsenz offizieller Sicherheitskräfte auf dem Land nur eingeschränkt Zugang zu ihren Feldern. Die Gefahr bewaffneter Überfälle ist groß und noch immer ist unklar, inwieweit landwirtschaftliche Produktionsflächen möglicherweise vermint wurden. Daher wird die NM-Produktion in dieser Anbausaison auch bei guten Niederschlägen nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu ernähren.

Seit der offiziellen Öffnung der Handelsrouten zwischen den Nachbarländern Burkina Faso und Niger hat sich der Handel zwar in letzter Zeit leicht erholt, allerdings bleiben die formalen Versorgungsrouten über die algerische und mauretische Grenze auch mittelfristig geschlossen.

Als Folge dieser Entwicklung bleibt das Preisniveau für Grundnahrungsmittel weiterhin hoch und liegt mit 20-30 % über dem Fünfjahresvergleich. Gleichzeitig steigen Preise für Saatgut und andere landwirtschaftliche Produkte. Ähnliches gilt für den Viehmarkt. Die viehzüchtenden Pastoralisten haben mit Absatzschwierigkeiten beim Verkauf ihrer Tiere zu kämpfen, deren Zustand sich unterdessen allmählich verschlechtert. Viele Pastoralisten sind mit ihren Tieren weiter in Richtung Süden gewandert oder geflüchtet. Der Zugang zu den wenigen natürlichen Ressourcen, wie Weideflächen und Wasser, führen verstärkt zu Konflikten zwischen ansässigen Landwirten und Pastoralisten.

Die Ernährungssicherheit in den pastoralen Zonen im Norden deutet schon jetzt auf eine Krisensituation während der Hungerperiode hin. Reis-Anbauzonen und agropastorale Zonen im Norden werden als gefährdet klassifiziert, da sie von der Unterstützung und der Öffnung der Märkte abhängig sind.⁴

⁴ Vgl. FEWSNET (2013):

In anderen Teilen des Landes, wie u.a. in den Regionen Kayes und Mopti, hat sich die Bevölkerung noch lange nicht von den Folgen der Nahrungsmittelkrise 2012 erholt. Insbesondere die extrem vulnerablen Bevölkerungsgruppen sind ohne Unterstützung von erneuten Nahrungsmittelengpässen bedroht. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr die letzte Anbauperiode 2012/13 durch eine relativ gute Ernte gekennzeichnet war und in weiten Teilen Malis zur Entspannung der Ernährungssituation führte, bleiben die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise 2012 weiterhin spürbar und die Ernährungssituation immer noch angespannt. So verlief u.a. die Auffüllung der Getreidelager schleppend, da die Rückzahlung von Krediten und notwendige Investitionen die Haushalte vorerst daran hinderten ihre Lager erneut zu füllen.

Infolge der Militärintervention stiegen zudem die Flüchtlingsbewegungen in den Süden wieder an. Ende Juni ging man von insgesamt 527.584 Flüchtlingen aus: 353.455 Binnenflüchtlinge in Mali und 174.129 Flüchtlinge in Nachbarländern.⁵ Die Mehrheit der Binnenflüchtlinge lebt bei Freunden und Verwandten und stellt für die oft schon geschwächten gastgebenden Familien eine zusätzliche Belastung dar. Ihre Reserven neigen sich allmählich dem Ende zu. Aufgrund der volatilen Sicherheits- und schlechten Versorgungslage sowie mangelndem Zugang zu öffentlichen Einrichtungen bleiben Rücksiedlungsbewegungen bis dato gering. Felder, die normalerweise zu dieser Zeit für den Anbau vorbereitet werden, liegen brach und werden voraussichtlich in dieser Anbausaison unbestellt bleiben. Darüber hinaus findet der nun saisonal dringliche Anbau auf den Feldern aus allgemeinem Mangel an Ressourcen – Saatgut, Dünger, Diesel für die Bewässerungspumpen – kaum statt. So ist davon auszugehen, dass große Teile der Bevölkerung in der Region Timbuktu noch bis zur nächsten Ernte im September 2013 bzw. bis zur übernächsten Ernte im Februar/März 2014 von Nahrungsmittelhilfe bzw. finanzieller Unterstützung abhängig sein werden.

⁵ Vgl. OCHA (2013)

Auch in der Kornkammer Malis, dem Nigerbinnendelta, ist die Situation angespannt. Dort haben Reisbauern Schwierigkeiten, ihren Reis gewinnbringend zu verkaufen, Handelsrouten sind blockiert, Absatzmärkte fehlen und niedrige Preise schaffen keine nötigen Anreize.

Mittel müssen ankommen

Wenngleich sich der Zugang zu Nahrungsmitteln dank humanitärer Interventionen bereits in einigen Gegenden kurzfristig verbessert hat, ist eine flächendeckende Verbesserung der Situation derzeit nicht in Sicht. Ende Juni 2013 waren lediglich 33% der international zugesagten humanitären Finanzmittel eingegangen. Hinzu kommt, dass derzeit Informationen darüber, welche Mittel für Umsetzungsorganisationen zur Verfügung stehen nur schwer verfügbar sind. Eine effiziente Reaktion auf die Bedürfnisse der Bevölkerung im Norden ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Um die akute Krise abzuwenden und die Ernährungs- und Nahrungssicherheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen nachhaltig zu verbessern, muss/müssen

- die erhebliche Steigerung der Nahrungsmittelverteilungen und eine gleichzeitig gesteigerten Nahrungsmittelproduktion sicher gestellt werden
- Barmittel in Form von Cash Transfers, Cash for Work u.a. bereit gestellt werden, um Märkte erneut ankurbeln zu können
- die Widerstandskraft (Resilienz) der Bevölkerung (wieder-) aufgebaut und gestärkt werden, unter anderem durch verbesserten Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsgütern, diversifizierte Anbauprodukte, angepasster Lagerungshaltung und flächendeckende Frühwarnsysteme.
- vorhandene Potentiale im Bereich Ernährungs- und Nahrungssicherung gestärkt und angepasst werden u.a. durch den Aufbau von Gemüsegärten, Förderung lokaler Produkte, Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln und Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln sowie die Wiederaufnahme der Viehhaltung und veterinärmedizinische Betreuung

- alle Zielgruppen sowohl im Norden und in angrenzenden Pufferzonen als auch im Süden des Landes eng und situationsgerecht eingebunden werden: insbesondere im Norden zurückgebliebene Bevölkerungsgruppen (Kleinbauern und Pastoralisten) und Gastfamilien im Süden und IDPs bzw. Rückkehrer in den Norden

Grundvoraussetzung für alle diese Maßnahmen ist, dass dezentrale Dienstleistungen zur verbesserten Erhebung der lokalen Bedarfe gestärkt werden: Damit humanitäre und Entwicklungsorganisationen ihre Arbeit leisten können, müssen lokale Regierungsstrukturen in die Lage versetzt werden, die notwendigen Daten -wie zum Beispiel Flüchtlingslisten- bereit zu stellen.

Konfliktursachen adressieren

Ohne Berücksichtigung der eigentlichen Konfliktursachen und strukturellen Herausforderungen ist die Überleitung von der Nothilfe in die Entwicklungsphase und damit eine stabile Entwicklung nicht möglich. Trotz der militärischen Intervention ist die Regierung weit entfernt davon, den Norden des Landes zu kontrollieren.

- Um nachhaltige Entwicklungsprozesse in Mali anzustoßen, ist eine zeitnahe Einigung der Entscheidungsträger in Bamako – AU, ECOWAS und UN sowie internationaler Regierungsvertreter - hinsichtlich einer nachhaltigen Konfliktregelung unter Berücksichtigung des territorialen Schutzes, ziviler Sicherheit, der Umstrukturierung des Nordens und der transparenten, gewaltfreien Organisation der Wahlen notwendig.
- Um Konflikte zu vermeiden, ist die transparente Kommunikation seitens der UN und klare Ausübung des Mandates der MINUSMA-Mission erforderlich, bei gleichzeitiger Berücksichtigung humanitärer Grundsätze und klarer Trennung von zivilen und militärischen Mandaten.
- Bei der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und bei der Konfliktbearbeitung und Überwindung der Krise, die während der letzten Monate begonnen wurden, muss die aktive Beteili

gung zivilgesellschaftlicher Strukturen und die enge Einbindung der Bevölkerung sichergestellt werden. Hierzu gehören die Förderung des inter-malischen sowie inter-ethnischen Dialogs.

- In der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe müssen jetzt konflikt-sensible Projektplanung und zivile Konfliktbearbeitung unter Berücksichtigung traditioneller Konfliktregelungsmechanismen höchste Priorität haben.

- Als wichtige Zielgruppe dürfen gerade junge Erwachsene, die besonders gegenüber bewaffneten Gruppen exponiert sind, nicht vergessen werden. Sie müssen durch die Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten gestärkt werden.

Angesichts der Komplexität der Lage in Mali sind schnelle Erfolge eher unwahrscheinlich. Diese Maßnahmen sind jedoch kleine Schritte in die richtige Richtung.

Sources

Crisis Group (2013):

<http://www.crisisgroup.org/-/media/Files/africa/west-africa/mali/201-mali-securiser-dialoguer-et-reformer-en-profondeur.pdf> (01.05.2013).

FAO (2013): Mali Conflict: Contingency and Response Plan.

<http://www.fao.org/emergencies/resources/documents/resources-detail/en/c/174939/> (01.05.2013).

FEWSNET (2013): Mali perspective sur la sécurité alimentaire. Avril à Septembre 2013.

<http://reliefweb.int/report/mali/mali-perspectives-sur-la-s%C3%A9curit%C3%A9-alimentaire-avril-%C3%A0-septembre-2013> (30.04.2013).

<http://mali.humanitarianresponse.info/> (17.05.2013).

OCHA (2013) Mali: Complex Emergency – Situation Report No. 36 (5. Juli 2013)

http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/FINAL_Sitrep36_En_0.pdf

Welthungerhilfe (2012): Politisches Pulverfass Sahel. Brennpunkt 27.

<http://www.welthungerhilfe.de/ueber-uns/mediathek/whh-artikel/brennpunkt-27.html> (02.07.2013).

Andrea Düchting

Programme Coordinator, Regional Office Sahel, Bamako, Mali

Dr. Katrin Radtke

Senior Policy Advisor

Deutsche Welthungerhilfe e.V.

Friedrich-Ebert-Straße 1

D-53173 Bonn

Tel: +49 / (0) 22 8 / 22 88-112

Email: katrin.radtke@welthungerhilfe.de

www.welthungerhilfe.de